

10.03.2015

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Studentische Mobilität sicherstellen – Erfolgsmodell Semesterticket stärken und Einigung im Streit um das VRR-Semesterticket erzielen.

I. Sachverhalt

Die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft ist eine der dichtesten in Europa. Gerade im Ruhrgebiet reiht sich Hochschule an Hochschule. Das stellt für die Mobilität der Studierenden und Beschäftigten große Anforderungen an ein ÖPNV-Netz. Im Zuge der Diskussionen über die Mobilität der Studierenden wurde im Jahr 1992 im Landtag NRW über die Einführung eines Semestertickets diskutiert. Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung erließ am 15.06.1992 einen Erlass zur Einführung des Tickets.

Auf Grundlage dieses Erlasses wurden im Bereich der Verkehrsverbünde mit den Studierendenvertretungen der Hochschulen Verträge über ein solidarisches Semesterticket geschlossen. Vertragsbestandteil war die Abnahme der Tickets für alle ordentlich eingeschriebenen Studierenden. Im Laufe der Jahre kam es zwischen den Vertragsparteien immer wieder zu Nachverhandlungen, bei denen die Verkehrsverbünde deutliche Preiserhöhungen durchsetzten. Die Studierendenvertreter konnten den Verkehrsverbänden Zusatzverträge abringen, in denen beispielsweise eine Fahrradmitnahme in Bus und Bahn möglich wurde.

Aktuell befinden sich die Studierendenschaften in schwierigen Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR). Der VRR informierte die Vertragspartner über die Veränderung der Preisgestaltung bis zum Wintersemester 2019/20 und unterbreitete ihnen damit das nicht verhandelbare Angebot des zukünftigen Semester- und NRW Tickets. Der VRR argumentiert, dass die Preissteigerungen nötig seien, um das Ticket kostendeckender und wirtschaftlicher anzubieten.

Auf der anderen Seite argumentieren die Allgemeinen Studierendenausschüsse der einzelnen Hochschulen, dass ein solidarisches Semesterticket mit der angedachten massiven Preissteigerung die Studierenden finanziell erheblich belastet und dadurch die Gefahr bestünde, sich ein Hochschulstudium nicht leisten zu können.

Datum des Originals: 10.03.2015/Ausgegeben: 10.03.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

In den Sozialerhebungen des deutschen Studierendenwerkes wird immer wieder auf die prekäre finanzielle Situation der Studierenden in Deutschland, also auch in NRW, hingewiesen. Gerade wegen der Kosten für Mobilität ist daher an den Pendler-Hochschulen das Semesterticket ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor.

Die Landesregierung sieht in der Sache keine Zuständigkeit des Landes NRW¹. Dies verwundert, denn der Landtag NRW hat sich bereits in den 1990er Jahren eindeutig für ein solidarisches Semesterticket positioniert, die damalige Landesregierung Initiative ergriffen. Die Landespolitik muss auch heute ihre Verantwortung wahrnehmen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Studentische Mobilität durch die Semestertickets der Verkehrsverbünde ermöglicht den Studierenden ein hohes Maß an Flexibilität zwischen Wohnort und Studienort.
- Das solidarische Prinzip hat sich deutlich bewährt und muss gestärkt und weitergeführt werden.
- Die Preissteigerungen von mehr als 40% in dem Zeitraum Wintersemester 2015/16 bis Wintersemester 2019/20 sind unverhältnismäßig hoch.
- Ein moderner und attraktiver Studienstandort Nordrhein-Westfalen bedarf auch bestmöglicher Lebens – und Studienbedingungen, wozu ohne Zweifel auch entsprechende Mobilität zu angemessenen Preisen gehört.
- Die Einnahmen durch das Semesterticket stellen für die Verkehrsbetriebe eine unverzichtbare Grundlage dar, um entsprechende Mobilitätsleistungen – vor allem in den Universitätsstädten – anbieten zu können.
- Ein Wegfall des Semestertickets an einigen Hochschulen würde zum Abbau von hochschulbezogenen ÖPNV-Angeboten, zu Parkplatzproblemen und einem erhöhten PKW-Verkehrsaufkommen führen, was auch den politischen Zielen des Landes NRW widerspricht.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. im Zuge der Rechtsaufsicht über das ÖPNV-Gesetz NRW auf die Verkehrsverbünde einzuwirken. Ziel soll der Erhalt des solidarischen Semestertickets für alle Studierenden in Nordrhein-Westfalen sein.
2. die Verkehrsverbünde mit den nötigen finanziellen Ressourcen auszustatten, um höchstmögliche Mobilität für Studierende, Auszubildende und Schülerinnen und Schüler zu garantieren.
3. gemeinsam mit den Verkehrsverbänden und den Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern neue Modelle für die Mobilität der sich in Ausbildung befindenden Menschen zu bezahlbaren Konditionen zu entwickeln – nach Vorbild des bestehenden Semestertickets.

Dr. Joachim Paul
Marc Olejak
Oliver Bayer

und Fraktion

¹ Siehe u.a. Vorlage 16/1143

<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV16-1143.pdf>